



### Pappteller-Kartell aufgefliegen

Weil sie Absprachen über Preise und den Schutz bestimmter Kunden getroffen haben, müssen fünf Hersteller und ein Großhändler von Papptellern Geldbußen von rund einer Million Euro zahlen. Die Firmen hätten über mehrere Jahre hinweg einen fairen Markt verhindert, so das Kartellamt.

»Ich denke, seit gestern verdienen wir tatsächlich ein wenig Geld«

James Murdoch, Europa-Chef von News Corp. Das Engagement beim Bezahlsender Sky soll sich mittlerweile auszahlen

### Heute vor 35 Jahren

Im Ruhrgebiet waren am Wochenende alle Hotels fast bis auf das letzte Bett ausgebucht. Der Grund: **41 000 Taubenzüchter aus ganz Deutschland strömten nach Essen** zur Brief-Taubenausstellung. Bei einer Tauben-Auktion kamen 85 000 Mark zusammen, die an die Aktion Sorgenkind gingen.



## 3,4 Prozent: Tarifstreit bei RWE abgewendet

**Düsseldorf.** Der Energiekonzern RWE hat einen andauernden Tarifstreit abgewendet. In den Verhandlungen für die 28 000 Beschäftigten hätten sich Unternehmen und Arbeitnehmer am Dienstagabend in Dortmund auf einen Kompromiss verständigt, teilte die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi mit. Danach sollen die Gehälter rückwirkend ab 1. November 2010 um 3,4 Prozent steigen. Der Tarifvertrag gelte für 15 Monate.

Die Gewerkschaften Verdi und IG BCE wollten ursprünglich 6,5 Prozent mehr Lohn und hatten ihre Forderungen in den vergangenen Wochen mit Warnstreiks untermauert. Allein am Montag legten nach Verdi-Mitteilung rund 4500 Beschäftigte vorübergehend ihre Arbeit nieder. An dem mehrstündigen Ausstand beteiligten sich auch Beschäftigte der Atomkraftwerke im hessischen Biblis und im niedersächsischen Lingen.

Die Gewerkschaften argumentieren, der Konzern habe zehn Jahre in Folge Rekordgewinne eingefahren. Konzernchef Jürgen Großmann bereitete Mitarbeiter und Anleger hingegen auf sinkende Gewinne in den kommenden Jahren vor.

## Jobgarantie und mehr Lohn für Eisenbahner

**Berlin.** Rund 135 000 Bahnbeschäftigte bekommen mehr Geld. Die Deutsche Bahn einigte sich mit der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) auf eine schrittweise Erhöhung der Löhne und Gehälter: Zum 1. März steigen sie um 1,8 Prozent, am 1. Januar 2012 um weitere zwei Prozent. Außerdem soll es auch nach 2011 keine betriebsbedingten Kündigungen geben.

EVG-Verhandlungsführer Horst Fuhrmann betonte, neben der Lohnerhöhung habe man zusätzlich 50 Millionen Euro für die betriebliche Altersvorsorge, höhere Zulagen für ungünstige Arbeitszeiten und eine Anpassung des Urlaubsgeldes durchgesetzt. Unterm Strich ergebe das ein Plus von fünf Prozent.

Aufs Jahr gerechnet liegt der Abschluss aber unter zwei Prozent. Denn der Tarifvertrag beginnt rückwirkend im August 2010 und läuft bis Dezember 2012.

## GEMISCHTWAREN

### Schwache Rohrernte

Der viele Schnee beschert den pommerischen Rietdachdeckern in diesem Jahr eine schwache Schilfrohernte. Etwa ein Drittel der Halme ist umgeknickt und zum Dachdecken nicht mehr geeignet.

### Rumänisches Riet

Die Rohrernte hat dieser Tage begonnen. Sie reicht schon lange nicht mehr für die Nachfrage. Jeder zweite Halm auf deutschen Rietdächern kommt heute aus Rumänien.

# Wie riskant ist der Erdgas-Schatz?

Debatte über Exxon-Bohrungen in NRW. Eine britische Studie warnt vor der Fördermethode und giftigen Chemikalien

Jürgen Polzin

**Essen.** Die bislang unerschlossenen riesigen Erdgas-Reserven unter Nordrhein-Westfalen werden zum Politikum. Aufgeschreckt durch neue Umweltgutachten und den massiven Bürgerprotest im Münsterland, wo der US-Konzern ExxonMobil Probebohrungen plant, plädieren die Grünen in Bundestag für ein Moratorium der Erkundungsarbeiten. Doch in der rot-grünen Landesregierung wecken die von Exxon in Aussicht gestellten Milliardenenerlöse und tausende neuer Jobs Begehrlichkeiten.

Es ist die Angst vor massiven Umweltschäden und vor der Verunreinigung des Grundwassers durch Chemikalien, die bei den Grünen für Unruhe

»Es wäre für alle Beteiligten gut, in Ruhe abzuwarten, bis der Bericht vorliegt«

sorgt. Im Mittelpunkt steht dabei die „Fracking“ genannte Bohrmethode, die benutzt wird, um an das schwer zugängliche Erdgas zu kommen. Dabei wird ein Gemisch aus Sand, Wasser und Chemikalien mit hohem Druck in den Boden gepresst, um die Gesteins- und Kohleschichten aufzubrechen und das Gas freizusetzen.

In den USA haben Konzerne wie ExxonMobil oder Halliburton bereits zehntausende Bohrungen durchgeführt – offenbar mit teilweise schwerwiegenden Folgen. Medienberichte zufolge wurden Gasrückstände im Trinkwasser nachgewiesen. Chemikalien hätten Millionen Kubikmeter Wasser verschmutzt. Und in seinem Dokumentarfilm „Gasland“ zeigt der US-Regisseur John Fox einen Hahn, aus dem brennendes Wasser fließt. Belegt sind diese Bilder nicht. Doch in den US-Bundesstaaten New York und Pennsylvania wurden die Bohrungen auf Grund der Vorfälle vorerst gestoppt. Die US-Umweltbehörde EPA untersucht die Vorgänge. Ende 2012 soll der Abschlussbericht erscheinen.



Im Dokumentarfilm „Gasland“ zeigt US-Regisseur Josh Fox, wie Gas aus einer Wasserleitung strömen kann.

Foto: International Wow

„Bis dahin sollten wir auch in Deutschland mit den Bohrungen zurückhaltend umgehen. Es wäre für alle Beteiligten gut, in Ruhe abzuwarten, bis der EPA-Bericht vorliegt“, sagte Oliver Krischer, Energieexperte der Grünen im Bundestag, dieser Zeitung.

Die Grünen verweisen auf eine aktuelle Studie des Tynhall Centre der Universität Manchester, die dieser Zeitung vorliegt. Als erste europäische Untersuchung bewertet sie das mögliche Gefahrenpotenzial der Fracking-Technik. Sie rät, bei dieser Fördermethode nur mit vorsichtigen Schritten voranzugehen: „Play it safe“ – setzt auf Sicherheit, so die Empfehlung.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass 58 der 260 Chemikalien, die in den USA bei den Bohrungen verwendet wurden, für die Umwelt bedenklich, teilweise giftig und krebserregend sind. Die

Autoren weisen zudem darauf hin, dass die Entsorgung des zurückströmenden Bohrwassers von größter Wichtigkeit sei. Neben Chemikalien würden auch Schwermetalle und radioaktive Stoffe aus mehreren tausend Metern Tiefe an die Oberfläche gespült. Wie realistisch die Gefahr ist, zeigten zwei Pannen bei Exxon-

## GASFÖRDERUNG

### Kommunen gehen leer aus

Rein rechtlich gehört das Gas demjenigen, der es fördert. Laut NRW-Wirtschaftsministerium müsste Exxon aber eine Förderabgabe an das Land bezahlen: Für jeden Kubikmeter 16 Prozent des Durchschnittspreises für Importgas. Für NRW würde das Millionen-einnahmen bedeuten. Die betroffenen Kommunen gingen leer aus. Wenn Umweltziele

eingehalten würden, sei jeder Beitrag zur sauberen und sicheren Energieversorgung in NRW sehr willkommen, sagte Wirtschaftsstaatssekretär Günther Horzetzky dieser Zeitung. Das von Johannes Remmel (Grüne) geführte Umweltministerium wollte zur Förderung nach einem Moratorium keinen offiziellen Kommentar abgeben.

Umweltverträglichkeitsprüfungen erst bei einer Tagesförderung von 500 000 Kubikmetern Gas vor. „Völlig unrealistisch. Das schafft keine Förderstätte in Deutschland.“

ExxonMobil verspricht Transparenz und größtmögliche Sicherheit. Eine Anfrage bei der Deutschland-Vertretung in Hannover blieb jedoch unbeantwortet. Gernot Kalkoffen, Chef von ExxonMobil Central Europa, warb in einem Interview im „Handelsblatt“ mit dreistelligen Millionenbeträgen, die in die Erkundungen investiert würden. Alleine in NRW könnten über 3000 Arbeitsplätze in der Branche geschaffen werden. In Niedersachsen seien in den vergangenen Jahren bis zu einer Milliarde Euro pro Jahr an Förderabgaben gezahlt worden.

**ONLINE** Unser Video zum Thema Erdgas in NRW gibt es hier: [DerWesten.de/nrwergas](http://DerWesten.de/nrwergas)

## KOMMENTAR

### Das Dallas im Münsterland

Jürgen Polzin

Sie wird heiß, die Debatte über die geplante Erkundung von Erdgas-Vorräten in den Kohleflözen unter NRW. Denn nun ist er da, der nächste Zielkonflikt der rot-grünen Landesregierung: Nach dem Streit über das Kraftwerk Datteln ringen SPD und Grüne jetzt um Umweltauflagen oder Freifahrtscheine für den US-Konzern ExxonMobil.

Beide, Wirtschaftsminister Voigtberger (SPD) und Umweltminister Remmel (Grüne) betonen, dass der Schutz des Trinkwassers absoluten Vorrang habe. Doch der wohlplatzierte Hinweis von Exxon-Vorstand Kalkoffen, Millionen zu investieren und Jobs zu schaffen, setzt die Koalitionäre unter Druck: Weil das Bergrecht kaum Möglichkeiten bietet, den Konzernen eine Bohrung zu verbieten, tickt die Uhr. Die Genehmigungen sind befristet, noch gibt es in der Regierung keine abgestimmte Position.

Welche Risiken die Bohrungen wirklich bergen, ist selbst für Experten kaum zu beantworten. Es fehlen Daten und Studien. Exxon verspricht Transparenz, die Bürger sind misstrauisch. Das Dallas im Münsterland, es wird wohl Verspätung haben.

## Milliardenkredite für Rettungsfonds

**Brüssel.** Der Euro-Rettungsfonds (EFSF) hat erstmals Geld aufgenommen und ist dabei auf großes Interesse der Investoren gestoßen. Die Geldgeber boten Kredite in Höhe von rund 43 Milliarden Euro an, hieß es aus EFSF-Kreisen. Das ist deutlich mehr als der zur Unterstützung hochverschuldeter Euro-Staaten eingerichtete EFSF aufnehmen will. Er hatte auf drei bis fünf Milliarden Euro gesetzt. Mit dem Geld sollen die Kredite an Irland refinanziert werden, das sich im vergangenen Jahr als erstes Land unter den Euro-Rettungsschirm geflüchtet hatte.

# Deutschland muss sich in Davos Kritik erwehren

Euro-Krise und Schulden sind zentrale Themen beim Weltwirtschaftsforum. US-Ökonom Roubini attackiert Bundesregierung

Hannes Koch

**Berlin.** Deutsche Politiker stehen beim heute beginnenden Weltwirtschaftsforum in Davos unter besonderer Beobachtung. Einige Wortführer des Weltgipfels der globalen Management- und Politik-Elite schreiben der Bundesregierung eine Mitverantwortung für die Euro-Krise zu.

Angesichts dieser Stimmungslage kann es nicht schaden, dass die deutsche Teilnahme dieses Jahr außergewöhnlich hochkarätig und umfangreich ausfällt. Neben Kanzlerin Angela Merkel stehen Wirtschaftsminister Rainer Brüderle, Finanzminister Wolfgang Schäuble, Verteidigungsminister Karl-Theodor

zu Guttenberg und Sozialministerin Ursula von der Leyen auf der Teilnehmerliste.

Den kritischen Ton gegen die deutsche Position in der Euro-Krise gab unlängst US-Ökonom Nouriel Roubini vor. Wie im vergangenen Jahr wird Roubini bei einer ersten Davos-Veranstaltung am Mittwoch auf dem Podium sitzen und mit seinen Thesen die Debatten der kommenden Tage beeinflussen.

Die Empfehlung des Ökonomen lautet schlicht: „Mehr Geld ausgeben.“ Diesen Rat erteilte er sowohl der Europäischen Zentralbank als auch der Bundesregierung und der Euro-Gruppe insgesamt. Die EZB solle mit allen Mitteln, etwa weiterhin niedrigen Zin-

sen, dafür sorgen, dass ausreichend Geld im Wirtschaftskreislauf zirkuliere. Denn ohne zusätzliches Wachstum sei es den hoch verschuldeten Euro-Staaten Portugal, Spanien und Italien nicht möglich, ihre Schuldenlast zu verringern. Deutschland müsse Staaten wie Griechenland und Irland mehr finanziellen Spiel-

raum gewähren. Diese Länder könnten nur aus ihren Schulden herauswachsen, wenn sie nicht zu hart sparen müssten.

Drittens müsse die Euro-Gruppe den Rettungsschirm für bedrohte Staaten um ein paar hundert Milliarden Euro aufstocken, forderte Roubini. Nur dann würden die Investoren an den Finanzmärkten glauben, dass die Gefahr des Zusammenbruchs einer Euro-Ökonomie wie Spaniens gebannt sei. Als Vertreter von US-Präsident Obama vertritt Roubini allerdings nicht sehr überraschend die US-Politik des billigen Geldes. In Europa und insbesondere in Deutschland gilt sie als großer Fehler der USA, die sich immer weiter verschuldet.



Kritisiert Deutschland: der US-Ökonom Nouriel Roubini. Foto: rtr

## IN KÜRZE

**Google.** Der Internetkonzern will nach einem gescheiterten Übernahmeversuch nun selbst in das Geschäft mit Online-Schnäppchen einsteigen. Das „Google Offers“ genannte Angebot soll mit vorausbezahlten Gutscheinen arbeiten.

**Vossloh.** Hohe Stahlpreise machen dem Werdohler Bahntechnik-Konzern zu schaffen. Analysten fürchten um das Wachstum bei Vossloh. Die Aktie gehörte gestern zu den größten Verlierern im MDax.

**Thalys.** Der Hochgeschwindigkeitszug hat 2010 seinen Umsatz um 13,1 Prozent auf 432 Millionen Euro gesteigert. Das sei durch die Erweiterung von Hochgeschwindigkeitsstrecken erreicht worden.